



LANDRATSAMT
E R D I N G

Fachbereich Z3
Informations- und
Kommunikations-
technik

Erding, 17.08.2012

Ansprechpartner/in:
Hans Schacherl
Zi.Nr.: 238

Tel. 58-1377

INTERN

EDV-Masterplan **Fortschreibung 2012**

A Aktivitäten der Jahre 2010 und 2011

1. Neuerungen im Bereich Ausländeramt

Im Bereich der Ausländerbehörde ergaben sich folgende Neuerungen:

Die Anfragen an das Bundeszentralregister (BZR) können nicht mehr in Papierform vorgenommen, sondern nur noch elektronisch durchgeführt werden.

Der elektronische Aufenthaltstitel (eAT) wurde deutschlandweit zum 01. September 2011 eingeführt.

Er ist in Form einer Chipkarte im handlichen Scheckkartenformat gestaltet. Neu ist aber nicht nur Design und Format. Der neue elektronische Aufenthaltstitel beinhaltet auch eine Online-Ausweisfunktion, die es den Dokumenteninhabern künftig möglich macht, online mit Behörden und Verwaltungen zu kommunizieren und Internetgeschäfte abzuwickeln. Die Nutzung dieser Online-Ausweisfunktion ist, genau wie beim neuen deutschen Personalausweis, freiwillig und kann auf Wunsch ein-, beziehungsweise ausgeschaltet werden. Das gilt auch für die elektronische Signatur.

Der eAT enthält neben den sichtbaren persönlichen Informationen wie Lichtbild, Name und Adresse einen kontaktlosen Chip, in dem biometrische Daten (Fingerabdrücke und ein biometrisches Lichtbild) und ausländerrechtliche Auflagen abgelegt sind. Hierauf haben nur berechnigte Stellen wie Polizei und Ausländerbehörden Zugriff.

Für das Tagesgeschäft bedeutet das, von jeder Person, die einen eAT beantragt, werden die Fingerabdrücke von je einem Finger der rechten und linken Hand genommen und mit einem bestimmten biometrischen Anforderungen genügendem Passbild mit Unterschrift eingescannt. Diese Daten werden zusammen online „auf einem sicheren Weg“ (Schutz durch Zertifikate) an die Bundesdruckerei übertragen.

Die Ausländerbehörde musste dazu im Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) eingetragen werden. Bei DVDV handelt es sich um ein Verzeichnis, in dem alle technischen Details zur Nutzung von elektronischen Diensten hinterlegt werden.



Ferner waren eine Signaturkarte incl. Signaturzertifikat, ein Inhaltsdatenverschlüsselungszertifikat und ein OSCI-Zertifikat zu beschaffen.

Darüber hinaus mussten die Arbeitsplätze hardwaremäßig hochgerüstet werden: Die Bundesdruckerei stellte auf Antrag 6 Fingerabdruckscanner und 6 Ausweislesegeräte kostenlos zur Verfügung. Letztere werden zur Überprüfung der gelieferten Scheckkarten-eATS vor Ausgabe an den Antragsteller benötigt.

Das Landratsamt erwarb 6 spezielle Tintenstrahldrucker und Scanner.

Seite 2

Ein Problem stellt die in der Ausländerbehörde eingesetzte Software dar: Das Verfahren BALU der Fa. Vedemosoft ist nur in 2 Landkreisen (Erding und Freising) installiert, daher ist es für die Firma unwirtschaftlich, die für die Umsetzung der Neuerungen erforderlichen Zusatzmodule selbst zu programmieren. Sie ging daher eine Kooperation mit einem anderen Anbieter, der ca. 35 Installationen vorweisen kann, ein. Die erforderlichen Zusatzmodule wurden von dieser Firma geliefert und in BALU eingebunden, was letztendlich zu einer Verteuerung führte.

2. Umstellung von Anwendungsverfahren auf die neueste Datenbankversion

Die Einstellung der Wartung für die Version 8 des Betriebssystems Oracle durch den Hersteller erzwang den Wechsel auf die Version 10.

Dabei wurden nicht nur alle Datenbanken nach intensiven Tests auf die neue Plattform migriert, sondern auch auf zwei speziellen (virtuellen) Datenbankservern zentralisiert. Dadurch konnte die Sicherheit erhöht, der Zugriff beschleunigt und die Wartung vereinfacht werden. Die dazugehörigen Verfahren wurden ebenfalls auf neue (virtuelle) Server umgestellt.

Es erfolgt nun eine strikte Trennung in Datenbankserver und Applikationsserver (=Anwendungsserver). Diese Trennung verbesserte die Zugriffsgeschwindigkeit und Verfügbarkeit der einzelnen Verfahren zusätzlich.

Folgende Verfahren waren betroffen:

- KfZ-Zulassung (OK.Vorfahrt),
- Führerscheinstelle (OK.EFA),
- Jugendamt (OK.JUG),
- Kämmerei und Kasse (OK.FIS und TDVHKR),
- Bauamt (OTS-Bau),
- Wohngeld (OK.WOBIS),
- Ausländeramt (BALU),
- Hausmüllverwaltung (Tonnenoffice),
- Personalstelle (LOGA)



3. Modernisierung des Bauverwaltungsprogrammes OTS

Das „traditionelle“ Bauamtsverfahren OTS-Bau wurde durch die neu konzipierte Java-Anwendung „OTS-Bauweb“ abgelöst. Neben zahlreichen fachlichen Verbesserungen können darin nun auch verschiedene Verwaltungsvorgänge standardisiert abgebildet werden (Workflow-Funktionalität). Auch beinhaltet das neue Verfahren die Option der Onlineauskunft für Planfertiger und Bauherren.

Der Umstellung ging eine mehrmonatige Vorbereitungszeit voraus, da alle Vorlagen und Stammdaten komplett überarbeitet werden mussten.

4. Elektronische Archivierung in der Führerscheinstelle

Das Anwendungsverfahren der Führerscheinstelle (OK.EFA) wurde um die Schnittstelle zum bereits in der Kasse und Zulassung eingesetzten Archivierungsverfahren (KomXEasy) ergänzt. Die Praxis sieht so aus, dass nach Abschluss eines Vorganges (z.B. Ersterteilung, Erweiterung oder Ersatz eines Führerscheins) alle zu dem Vorgang gehörenden Dokumente über OK.EFA eingescannt werden. Das Verfahren ist so konzipiert, dass beim Start des Scanvorganges in komXwork automatisch ein Vorgang (Name des Führerscheinantragstellers) angelegt wird. Auch die Recherche erfolgt über OK.EFA, so dass die Bearbeiterinnen komXwork nutzen, ohne es kennen zu müssen.

5. BayBIS-Schnittstelle für OK.EFA und OK.Vorfahrt

Aus den Anwendungsverfahren für die Zulassungsbehörde und Fahrerlaubnisbehörde kann direkt ein Adressabgleich mit der zentralen Datenbank BayBIS (bayerisches Behördeninformationssystem betrieben von der AKDB) vorgenommen werden.

6. Einsatz der Software Prosoz für das neue Aufgabengebiet Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets können Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen, z.B. bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitfahren, Sport- und Musikangebote nutzen, bei Bedarf Nachhilfe bekommen oder am gemeinsamen Mittagessen in der Schule, der Kindertageseinrichtung, dem Hort oder bei der Tagesmutter teilnehmen.

Die Abwicklung der Anträge und Auszahlungen (auch für Kinder von Hartz IV Empfängern) erfolgt im Landratsamt. Hier ist für Behandlung Leistungen nach SGB XII seit vielen Jahren das Programm Prosoz im Einsatz.

Um Prosoz für die Abwicklung der Anträge im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets nutzen zu können wurden die notwendigen neuen Parametereinstellungen (Arbeitsgebiete, Haushaltsstellen usw.) vorgenommen und neue Bescheidvorlagen erstellt.



Dem Programmhersteller gelang es, durch viele Updates Prosoz in kurzer Zeit zu einer geeigneten Software für die Umsetzung der Aufgaben des Bildungs- und Teilhabepaketes zu machen.

7. Einführung von IHV (integriertes Haushalts- und Kassenverfahren)

Das bayerische Landesamt für Finanzen ersetzt das bisher eingesetzte Verfahren BayMBS durch IHV.

IHV hat den Vorteil, dass alle Daten auf einem Server beim Landesamt für Finanzen liegen.

Von der Umstellung betroffen waren: Wohngeld, Naturschutz, Kindergarten (BayKiBIG) und Wasserrecht.

B. Planungen für 2012

1. Einführung des Dokumentenmanagementsystems(DMS) komXwork in Verbindung mit dem Einheitsaktenplan

Mit dem Dokumentenmanagementsystem komXwork arbeiten im Hause zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Abteilungsleitung Z der Fachbereich Z3 und das Büro Landrat.

Für die weitere Einführung ist von besonderer Bedeutung, dass das Zusammenwirken von komXwork mit den Fachverfahren wie OK-EFA, OK-Jug und weiteren AKDB-Verfahren stark ausgebaut wird.

Bei der Installation von komXwork zu den Fachverfahren, werden den einzelnen Vorgangsarten die richtigen Einheitsaktenplannummern zugeordnet.

Der Arbeitsablauf sieht dann so aus:

- im Fachverfahren werden alle zu einem Vorgang gehörenden Dokumente gescannt,
- beim Start des Scanvorganges wird ein Vorgang in komXwork angelegt und
- in diesem die gescannten Dokumente abgelegt.

Suchvorgänge können über komXwork, aber auch über das Fachverfahren erfolgen, so dass die Anwender die gewohnte Umgebung nicht verlassen müssen und die Berührungsängste vor etwas Neuem somit minimiert werden.

Darüber hinaus besteht ab der zukünftigen Version die Möglichkeit, Vorgänge auf z.B. einem Notebook auszulagern und auf Außendienst oder in Sitzungen mitzunehmen.

Vor der Einführung dieses Systems in weiteren Fachbereichen bedarf es jeweils einer gründlichen und umfassenden Untersuchung der Ver-

waltungsabläufe und Prozesse um diese Bereiche mit dem Einheitsaktenplan abzugleichen, und wenn notwendig neu zu organisieren.

Der Personalaufwand für diese Vorbereitungsphase, die Umsetzung und die folgende Einführung des DMS ist entsprechend hoch anzusetzen.



LANDRATSAMT
E R D I N G

Fachbereich Z3
Informations- und
Kommunikations-
technik

2. Weitere Module im Ausländeramt

Die Modernisierung der Ausländerbehörde geht weiter.

Für 2012 stehen an:

Seite 5

- X-Ausländer-Schnittstelle: Das bedeutet: Alle im Bereich der Ausländerbehörden eingesetzten EDV-Verfahren müssen Daten in einem bestimmten Format exportieren und importieren können. Dadurch soll ein Online-Datenaustausch möglich werden.
- In einer 2. Stufe (geplant ab 01.11.2012) sollen auch die Einwohnermeldeämter in diesen Datenaustausch miteinbezogen werden.
- AZR-Online: Ein Modul zum automatisierten Abgleich der Daten in der Fallbearbeitung.
- InGe-Online: Zur besseren Abwicklung der Integrationskurse müssen die Fachverfahren an die die Integrationsgeschäftsdatei Online (InGe-Online) angebunden werden.

3. Nationales Waffenregister (NWS)

Das Waffenregister wird die Daten der rund 570 Waffenerlaubnisbehörden in den Ländern, zwischen denen es bis jetzt keine Vernetzung gibt, zusammenführen. Im Einsatzfall können so die Sicherheitsbehörden schnell auf notwendige Daten zugreifen. Geplant ist, dass für mindestens 20 Jahre alle Schusswaffen mit Daten zu Typ, Modell, Fabrikat, Kaliber, Seriennummer, Name und Anschrift des Verkäufers und des Waffenbesitzers gespeichert werden. Die Datenerfassung und -aktualisierung wird dabei weiterhin von den örtlichen Waffenbehörden vorgenommen werden, die die Daten über sichere Netze ans Nationale Waffenregister übermitteln. Für die Datenübernahme und den Datenaustausch wird ein gemeinsamer Standard XWaffe entwickelt. Der fachliche Datenaustausch mit dem ZWR ist ausschließlich über den XWaffe-Standard möglich. Der Standard wird verbindlich vorgeschrieben. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen Beschussämter, Waffenhersteller und Händler ebenfalls XWaffe als einziges, einheitliches Austauschformat nutzen.

Geplant ist, das Register in drei Stufen auszubauen: In einer ersten Stufe bis Ende 2012 wird die zentrale Komponente des Waffenregisters aufgebaut und mit den dezentralen Systemen der Waffenbehörden verbunden, damit alle notwendigen Daten zusammengeführt und grundsätzliche Recherchen bundesweit möglich werden. Anschließend findet in einer zweiten Stufe eine Datenbereinigung statt, die Recherchemöglichkeiten werden ausgebaut und die Hersteller und Händler von Waffen werden eingebunden. In der dritten Stufe ab 2014 sollen dann Onlinelösungen für den Bürger eingerichtet werden.



Für das Landratsamt Erding bedeutet das konkret:

Als Vorbereitung für die Einführung des NWS zum 01.01.2013 muss das Waffenrechtsprogramm auf ein anderes Datenbanksystem (von Access zum MS SQL Server) migriert werden. Außerdem sind neue Programmversionen von Nöten. Dadurch werden die Voraussetzungen für die umfangreichen Korrekturarbeiten am Datenbestand geschaffen, welche zum Teil über SQL-Scripts durchgeführt werden können.

Mit dem Standard XWaffe wird über eine sichere Zertifikatsverbindung der Datentransfer vorgenommen.

Seite 6

4. Vereinheitlichung der Inventarisierung

Bisher mussten EDV-Vermögensgegenstände doppelt inventarisiert werden, da das vom Fachbereich Z2 (Kreiskämmerei) genutzte Programm OK.FIS zwar die Möglichkeit der Erfassung aller für die Anlagenbuchhaltung benötigten Informationen bot, aber keine Felder zur Speicherung von Angaben, die für den Fachbereich Z3 (I&K-Technik) wichtig sind (z.B. Seriennummer, Rechnungsnummer, Garantiezeiten), vorsah.

Der Fachbereich Z3 nutzte aus diesem Grunde für die Inventarisierung das Programm Quadriga.

In einer neuen Programmversion von OK.FIS wurde nun die Möglichkeit geschaffen, dass jeder Kunde für jede Vermögensart zusätzliche Merkmale definieren kann.

Damit kann die EDV-Inventarisierung in Zukunft ausschließlich über OK.FIS erfolgen; die arbeitsintensive Doppelerfassung entfällt.

In einem Gespräch mit Z2 wurde die zukünftige Arbeitsweise festgelegt und vereinbart, dass in Zukunft ausschließlich Z3 die Inventarisierung von EDV-Vermögensgegenständen vornimmt.

5. Projektierung Softwareverteilung

Die zur Zeit eingesetzte Softwareverteilung „netinstall“ funktioniert nur bedingt zufriedenstellend und müsste beim Wechsel zu Windows 7 durch eine kostenpflichtige neue Version abgelöst werden. Es ist daher geboten, sich bei anderen Behörden und auf dem Markt nach Alternativen umzusehen, die unseren Anforderungskatalog zu einem höheren Prozentsatz erfüllen. Die geschätzten Kosten hierfür belaufen sich auf etwa € 20.000.-.

6. Einführung eines EDV-Verfahrens für den Bereich Wasserrecht

In diesem Bereich gibt es bisher keine Softwarelösung. Karteikarten sind nicht mehr wirklich up to date, deshalb ist Handlungsbedarf mit hoher Priorität gegeben. Es muss daher ein Pflichtenheft erstellt werden. Dieses dient als Basis für die Angebotseinholung bei bekannten Anbietern von Spezialsoftware.



7. Ablösung der im Hause eingesetzten Fernwartungssoftware VNC

Der Fachbereich Z3 benutzt bisher die Fernwartungssoftware VNC, um sich hausintern auf die PC's der Anwender aufschalten zu können. Da diese Software nicht zufriedenstellend funktioniert und auch datenschutzrechtlich Mängel besitzt (es erfolgt keine Protokollierung der auf einem mittels VNC aufgeschalteten PC durchgeführten Aktivitäten) ist geplant, VNC durch die Software Fastviewer (die sich im Einsatz bei der AKDB bewährte) zu ersetzen. Die geschätzten Kosten hierfür belaufen sich auf € 5.000.-.

8. Einrichtung eines Online-Bestellshops mit GS Office

Das Büromateriallager des Fachbereiches Z1 ist nun vollständig im neuen Lager- und Auftragsprogramm GS-Office erfasst. Eine interne Projektgruppe befasst sich mit der Ausarbeitung eines Online Shops. Die Mitarbeiter des Landratsamtes können zukünftig ihre Bestellungen für Büromaterial über diesen Online-Webshop durchführen.

9. Hardware: Erweiterung der vorhandenen NetApp und ESX Server

Ein hohes Maß an Ausfallsicherheit des EDV-Systems ist für das Amt von zentraler Bedeutung: Nur ein funktionierendes EDV-System garantiert die Funktionsfähigkeit der Sachgebiete und Fachbereiche.

NetApp mit VmWare bieten integrierte Datenspeicherlösungen, die optimale Virtualisierung, Storage-Effizienz sowie optimales Cloud Computing ermöglichen, wodurch die Sicherheit des EDV-Systems deutlich erhöht wird.

Die im Landratsamt Erding seit 2008 eingesetzte NetApp, sowie die dazugehörigen ESX Server sind an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen und müssen dringend durch ein größeres System erweitert werden.

Erst durch diese NetApp Erweiterung und der daraus resultierenden Erhöhung der Speicherkapazität können zusätzliche ESX Server geschaffen und weitere Hardware-Server virtualisiert werden.

Von ganz besonderer Bedeutung ist dabei die Erneuerung und Virtualisierung des Exchange-Servers, welcher den ganzen E-Mailverkehr verwaltet und seinen Aufgaben kaum noch gewachsen ist.

10. Hardware: Erneuerung Netzwerk Backbone

Die zentrale Netzwerkschnittstelle im LRA ist der Netzwerk Backbone. Diese Ebene ist die Grundlage für die Kommunikation sämtlicher EDV Komponenten, daher ist es wichtig all diese Geräte ausfallsicher zur Verfügung zu stellen. Derzeit werden diese ca. 9 Jahre alten Geräte erneuert, damit weiterhin ein reibungsloser Betrieb gewährleistet werden kann. Die Kosten hierfür belaufen sich auf € 29.000.-.



11. Hardware: Erneuerung Einsatzleitfahrzeug (ELW)

Die im Einsatzleitfahrzeug des Katastrophenschutzes vorhandenen Einsatzleitrechner werden nach 7 Jahren ausgetauscht. Das Netzwerk wird zukünftig als Windows-Domain gestaltet. Außer den Office-Standardanwendungen wird noch eine Einsatzleitsoftware (Lumis), ein Gefahrgutprogramm und weitere einsatzspezifische Software auf dem System installiert.

C: Ausblick auf 2013/2014

Seite 8

1. Update PC-Betriebssystem und Officeanwendungen

Das Landratsamt Erding arbeitet noch überwiegend mit dem PC-Betriebssystem Windows XP und mit Office 2003 (Word, Excel, Outlook, Power Point).

Da die Firma Microsoft den Support für die oben genannten Programme spätestens 2014 einstellen wird und damit die Sicherheit von Windows-XP und Office-2003 nicht mehr gewährleistet ist, steht eine riesige Umstellungsaktion auf Windows 7/Windows 8 und Office 2010/2012 ins Haus.

Da sich viele Funktionalitäten im Betriebssystem und auch in den Office-Programmen geändert haben, besteht großer Schulungsbedarf in den Organisationseinheiten.

Ohne ausreichende Schulung werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in der Lage sein, mit diesen Programmen sicher zu arbeiten.

Um die Umstellung möglichst zeitnah und flächendeckend durchzuführen ist die Verpflichtung externer Trainer für die erforderlichen Schulungsmaßnahmen unumgänglich.

Schulungen durch Z3 würden dazu führen, dass die flächendeckende Umstellung über einen langen Zeitraum hinzieht und würde einen hohen Überstundenanfall nach sich ziehen.

Der praktische Ablauf wird wie folgt aussehen: Es wird jeweils eine Organisationseinheit umgestellt.

Während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden (2 Tage pro Person) erfolgt durch Z3 die Installation der neuen Programme auf den betroffenen PC-Arbeitsstationen.



Die Teilnahme an der Schulung muss für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtend sein.

Die Kosten für Schulung und Lizenzupgrades sind mit ca. 100.000 € in 2014 zu veranschlagen.

LANDRATSAMT
E R D I N G

Fachbereich Z3
Informations- und
Kommunikations-
technik

Seite 9

2. Hardware: Erneuerung Etagen Netzwerkkomponenten

Die auch in den Etagen des Landratsamtes ca. 9 Jahre alten aktiven Netzwerkkomponenten (Switches/Konverter die die Daten der Lichtwellenleiter auf das Kupfernetz umwandeln) müssen unbedingt getauscht werden, will man ein leistungsfähiges und sicheres Netzwerk für das Landratsamt betreiben. Einige Geräte haben ihre Kapazitätsgrenze erreicht und funktionieren jetzt schon nicht mehr zu 100%.

In der neuen Generation ist es dann auch möglich, das Netzwerk vor Eindringlingen und nicht gewollten Verbindungen zu schützen, bzw. Informationen über Bedrohungen zu erhalten.

Die zu erwartenden Kosten belaufen sich auf etwa € 120.000.- und sind für das Jahr 2013 zu veranschlagen.

3. Heimarbeitsplätze: Bereitstellung der Infrastruktur

Die stetig steigende Anzahl von genehmigten Heimarbeitsplätzen stellt eine weitere Herausforderung dar.

Teilweise können diese Mitarbeiter auf dem zentralen Terminalserver arbeiten, sofern nur Standard-Programme wie z.B. Office oder komX-work benutzt werden. Bei der Nutzung von einigen Fachverfahren wie im Ausländer- und Jugendamt ist dies derzeit nicht möglich.

Hier greifen die Mitarbeiter auf die Arbeitsplätze im Landratsamt zu, dies bedeutet diese PC-Arbeitsstationen müssen 24-Stunden in Betrieb sein und sind als Arbeitsplatz für weitere Mitarbeiter nicht verfügbar, stellen aber auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko dar.

Nachdem sich die einzelnen Fachverfahren nicht auf einem Terminalserver installieren lassen, müssen mehrere virtuelle Terminalserver geplant und installiert werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf etwa € 7.500.- (Hardware und Softwarelizenzen) und sollten so schnell wie möglich bereitgestellt werden.

Jeder Heimarbeitsplatz benötigt für den Zugang zum Landratsamt einen RSA-Key, dessen Kosten sich auf € 118.- pro Jahr belaufen.

Durch diese Heimarbeitsplätze erhöht sich der Aufwand im Fachbereich IuK sowohl im Server- und Netzwerk Bereich als auch im Verwaltungsbereich.



4. Landkreisbehördennetz, weiterer Ausbau

Der Landkreis Erding betreibt ein Landkreisbehördennetz worüber alle Rathäuser mit dem Landratsamt verbunden sind und damit den Zugang zum „Bayerischen Behördennetz“ erhalten. An diesem Netz ist z.B. auch die AKDB angeschlossen.

Immer mehr Gemeinden nutzen aus personellen Gründen externe Firmen wie die AKDB zum Betrieb ihrer Server besonders im Bereich Meldewesen (OK-Ewo/OK-Zemo) und der Kämmerei (OK-FIS).

Hiermit steigt der Anspruch auf eine schnellere und qualitativ höherwertige Datenanbindung zum Landratsamt, da die Gemeinden keinen eigenen direkten Zugang zum Behördennetz erhalten können. Das Landratsamt ist verpflichtet, den Gemeinden den Zugang zum Behördennetz zu ermöglichen und die entsprechende vorgeschriebene Firewall zu Betreiben und die Netzwerk-Infrastruktur vorzuhalten.

Viele Gemeinden wünschen für ihre Mitarbeiter Heimarbeitsplätze, deren Zugang zum Netzwerk der Gemeinden über das Landratsamt erfolgen muss. Hierfür betreiben wir das notwendige Remote-Secure-Gateway und die entsprechende RSA-Technik.

Der Behördennetzbetreiber Vodafone ist derzeit nicht in der Lage alle Gemeinden (derzeit könnten nur Erding, Oberding und Bockhorn angebunden werden) über das bestehende MPLS-Netz anzubinden, womit der Anbindungsaufwand für das Landratsamt sehr hoch ist. Die Verbindungsgeschwindigkeit ist durch den Einsatz der vorgeschriebenen hochverschlüsselten Tunneltechnik auf etwa 2MegaBit begrenzt, womit ein enger Flaschenhals bei der Verbindung zum Landratsamt entsteht.

Ein Angebot der T-Systems (Telekom), alle Gemeinden über Ethernet-Connect mit 10 Megabit anzubinden, würde je Gemeinde einmalig € 609.- kosten, die laufenden jährlichen Kosten betragen € 5.880.-. Dies wären etwa die 10-fachen Kosten der jetzigen unbefriedigenden Lösung.

Kostengünstigere Richtfunklösungen sind aus topografischen Gründen (Sichtverbindung) im Landkreis Erding nicht möglich.

Derzeit prüfen wir die Anbindung der Gemeinden mittels des neuen funkgestützten LTE-Systems von Vodafone, können aber noch keine Aussagen über die Machbarkeit treffen, da wir auf die Teststellung des benötigten LTE-Routers warten. Sobald der Router verfügbar ist, werden bei allen Rathäusern Messungen durchgeführt. Die laufenden Kosten für die LTE-Anbindung bewegen sich im Bereich von € 50.- bis € 100.- pro Monat und Gemeinde. Über die Verbindungsgeschwindigkeit kann erst nach der Messung eine Aussage getroffen werden.

Die Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verbindungen zum Landratsamt wurden den geschäftsleitenden Beamten der Städte, Märkte und Gemeinden, im Rahmen einer Dienstbesprechung am 04.07.2012, vorgestellt. Die Entscheidung, für welche Alternative man sich entscheidet, muss jede Gemeinde für sich treffen (und finanzieren).



5. Serviceleistungen im Rahmen des Landkreisbehördennetzes

5.1 Wahlprogramme der AKDB

Alle Gemeinden und das Landratsamt verwenden die Wahlsoftware der AKDB OK-Wahl als Landkreislizenz. Von einigen Gemeinden wurde der Wunsch geäußert das Module OK-Wahlhelfer zu beschaffen.

Eine Landkreislizenz würde € 6.500.- kosten, gegenüber € 13.000.- bei Einzelbezug durch jede Gemeinde. Die Abrechnung könnte, wie bei OK-Wahl, entsprechend der Einwohnerzahl erfolgen.

Das Thema werden wir bei der nächsten Versammlung der Beteiligten am LKBN aufgreifen.

LANDRATSAMT
E R D I N G

Fachbereich Z3
Informations- und
Kommunikations-
technik

Seite 11

5.2 Archivierung über das Landkreisbehördennetz

Einige Gemeinden nutzen schon das Dokumentenmanagementsystem komXwork und verwenden zur Langzeitarchivierung aus Kostengründen ein einfaches BlueRay Speichersystem. Ein professionelles revisionssicheres Speichersystem (SilentCube) wie es im Landratsamt zum Einsatz kommt und vom Bayerischen kommunalen Prüfungsverband empfohlen wird, leistet man sich dagegen nicht.

Seitens des Landratsamtes könnten die hierfür erforderlichen Speicherkapazitäten für die Gemeinden, im Rahmen des LKBN, zentral und betriebssicher bereitgestellt werden. Die Übertragung der Archivdateien könnte während der Nacht erfolgen und würde den Datenverkehr tagsüber nicht belasten.

Die Umlage der Kosten könnte entsprechend der Einwohnerzahl oder nach den tatsächlich gespeicherten Datenmengen erfolgen.

Damit hätten auch kleine Gemeinden die Möglichkeit, den Empfehlungen des BKPV zu entsprechen und eine professionelle Speicherlösung erhalten.

Die Investitionskosten für ein entsprechendes Speichersystem (ohne Beteiligung der Städte Erding und Dorfen) lägen bei etwa € 15.000.-; die Wartungskosten bei € 1.500.- p.a. Bei Einbeziehung der beiden Städte wären an die € 20.000.- an Investitionskosten und jährliche Wartungskosten in Höhe von € 2.000.- zu erwarten. Für eine zentrale Archivierungslösung, unter Einbeziehung des Landratsamtes, wäre mit rund € 30.000,- für die notwendigen Investitionen und mit jährlichen Wartungskosten von € 4.500,- zu rechnen.

Auch dieses Thema werden wir bei der nächsten Versammlung der Beteiligten am LKBN vorstellen.